

# Völkische



# Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sagen

Die Völkische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt wöchentlich. Für Postbestellungen sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,50 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig; Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag: Ullstein'sche Verlagsbuchhandlung, Georg-Barschel-Verlag, Berlin (im Ausm. d. Handelt.). L. V. Dr. Otto v. Miller Bld., Urv. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Brief beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein's: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3605, für den Postverkehr Amt Dönhofs 3608—3609. Telegramm-Adresse: Ullstein's Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

# Das Programm der Reichsregierung

## 1 Prozent Arbeitslosenbeitrags-Erhöhung / Notopfer der Festbefohlenen / Junggefelleneuer / Arbeitsbeschaffungsprogramm / Kleinwohnungsbau / Straßenbau

Mittels wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett trat unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning gestern zu seiner letzten Sitzung vor Pfingsten zusammen. Die mehrwöchigen Beratungen der Reichsregierung über die Arbeitslosenversicherung und die übrigen mit der schwierigen Wirtschaft- und finanzpolitischen Lage zusammenhängenden Fragen wurden in der Kabinettsitzung zu Ende geführt.

Das Reichskabinett beschloß die Reform der Arbeitslosenversicherung in weitgehender Annäherung an die Beschlüsse des Vorstandes des Reichsausschusses für Arbeitslosenversicherung, jedoch mit der Maßgabe, daß der Beitrag von 3% auf 4% v. J. erhöht wird. Die wesentlichen Änderungen im Gesetz, darunter die Beitragsbefreiung, bis 31. März 1931 begrenzt. Eine Entlastung der Wirtschaft soll durch gleichzeitige Verlangung eines Gesetzes über die Reform der Krankenversicherung angestrebt werden.

Geborn verabschiedete das Kabinett die weiteren Gesetzentwürfe, die den Anstieg der Ausgaben auf sozialem Gebiete und der Einnahmehinnehmungen der Staatskasse zu decken bestimmt sind, nämlich ein Gesetz über die verbleibenden Reichsschulden durch die Festbefohlenen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft. Das Gesetz sieht auch einen Beitrag aus den Einnahmen der Wirtschaft vor, ferner einen Sonderbeitrag in Höhe von 10 v. J. der Einkommensteuer der Lebigen. Dazu tritt ein durch Kürzung der Gewerbesteuern in der Zigarettenindustrie für das laufende Jahr zu beschaffender Betrag, der mit einer Reduzierung der Kammerentrichtung für die Zeit bis zum 1. April 1932 verbunden ist. Hierdurch wird zusammen mit den durch nachträgliche Durchprüfung des Haushalts 1930 beschaffenden Ersparnissen ohne neue die Wirtschaft belastende Steuern eine volle Deckung des Staatsbudgets gesichert werden.

Das Kabinett beschloß ferner sehr eingehend mit dem Kernproblem der gegenwärtigen Wirtschaft- und Finanzlage, dem nicht in ausreichendem Maße feststehenden Wohlstand der Arbeiterschaft. Es legt entscheidendes Gewicht auf die Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen in den Wirtschaftszweigen durch Einstellung größerer, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechender Arbeiter.

Die Reichsregierung wird in der nächsten Zeit eine umfangreiche Auftragserteilung über das Lager vorzulegende Maß hinaus vornehmen. Mit der Reichsbahn werden bereits die eingeleiteten Verhandlungen mit dem Ziele fortgesetzt. In gleichem Maße in der Lage zur Übergabe bringender Aufträge zu verfahren. Verschiedene Wege hierzu erscheinen gegeben. Der Kleinwohnungsbau an benutzten Orten, an denen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein bringendes Bedürfnis besteht werden kann und an denen gleichzeitig besonders große Arbeitslosigkeit vorliegt, wird durch Bauverpflichtungsmittel zusätzlich Mittel gesichert werden. Es ist im laufenden Jahre der weitere Bau von 35 000 bis 40 000 Wohnungen vorgesehen, wofür bis 150 000 Bauarbeitern Arbeitsgelegenheit geschaffen.

Das Kabinett hat die Vorlegung eines solchen Beschlusses, das Reichsarbeitsminister für allgemeine Anordnungen ermächtigt, durch welche die zweckmäßige Verwendung der zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und traggere Mittel für die minderbemittelte Bevölkerung sichergestellt werden. Diese Grundzüge sollen bereits bei der Vorlegung des zünftigen Bauprogramms zur Verhandlung kommen. Dabei wird der von dem Kabinett für die Wirtschaft im ganzen als notwendig erachtete Arbeitsbeschaffung einer Erhöhung von Stellen und Stellen für das Gebiet der Bauwirtschaft mit Rücksicht verknüpft werden. Ein allgemeines Straßenbauprogramm, das den notwendigen

Ausmaß des vorhandenen Bedarfes vorliegt, ist in Aussicht genommen. Die Beschaffung der Mittel wird vorbereitet.

Das Kabinett trat alsohin in eine Beratung über die Möglichkeit einer allgemeinen Senkung der Produktionskosten und Preise ein. Diese Beratungen werden nach Pfingsten fortgesetzt.

Die Sitzung des Kabinetts schloß mit der Prüfung der vom Reichsfinanzminister vorgelegten Ausgabenentwürfe und Ausgaben. Er erklärte sich mit ihnen grundsätzlich einverstanden. Eine zweite Sitzung und Beschlußfassung über die Eingehenden wird in einer Sitzung unmittelbar nach Pfingsten stattfinden.

# Die Preisentfaltung-Aktion

## Zerstückelung der Verhandlungen nach Pfingsten

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen über die Preisentfaltung-Aktion sind vorläufig angehalten worden. Die abschließenden Verhandlungen sollen nach Pfingsten fortgesetzt werden.

Zwischen den verschiedenen Gruppen der Arbeitgeber ist eine Einigung über das vorliegende Programm erzielt worden. Der vom Reichsverband der Industrie und der Zentralgewerkschaft der Arbeitgeber eingeleitete Austausch hat seine Verhandlungen abgeschlossen. Die Meinungsverschiedenheiten, die über die Eingehenden der Preisentfaltung-Aktion bestehen, können beseitigt werden.

Die Kräfte der freien Gewerkschaften sind eine Erklärung abgegeben, daß sowohl im Lager der Arbeitgeber als innerhalb der Spitzenorganisationen der Angestellten über eine Beschäftigung dieser Preisentfaltung-Aktion verhandelt werde. In diese Beschäftigung oder nach Pfingsten zu neuen Verhandlungen zwischen beiden Wirtschaftsklassen führen, oder ob jede Gruppe mit ihren Beschäftigten einverstanden ist, die gegebenenfalls Körperstellen heranzuziehen werde, sei noch eine offene Frage.

Es habe sich bei den Verhandlungen lediglich um den Versuch gehandelt, eine Uebereinstimmung über die Methoden zu erzielen, mit denen die Arbeitslosenversicherung sanfter und die Arbeitslosigkeit durch Rückbildung der freien Gewerkschaften dieser Preisentfaltung-Aktion verhandelt werde. In diese Beschäftigung oder nach Pfingsten zu neuen Verhandlungen zwischen beiden Wirtschaftsklassen führen, oder ob jede Gruppe mit ihren Beschäftigten einverstanden ist, die gegebenenfalls Körperstellen heranzuziehen werde, sei noch eine offene Frage.

Zwischen der Erklärung aus Kreisen der freien Gewerkschaften und der Mitteilung von Arbeitgeberseite, daß die Verhandlungen nach Pfingsten fortgesetzt würden, besteht ein gewisser Unterschied. Man darf jedoch annehmen, daß es nur ein Hinterziehen des Tages und nicht der Sache ist. Auch die Zerstückelung der freien Gewerkschaften läßt die Möglichkeit der Fortsetzung der Verhandlungen offen.

Der Unterschied in den Standpunkten der beiden Seiten liegt im wesentlichen in der Frage, in welchem zeitlichen Verhältnis die Preisentfaltung und Lohnentzug zueinander stehen sollen. Es wird von Arbeitgeberseite Wert darauf gelegt, daß zunächst die Zerstückelung der Preisentfaltung-Aktion in einer zeitlichen Reihenfolge des allgemeinen Preisniveaus zum Ausdruck kommen sollen, bevor eine Zerstückelung der Lohnentzug eintreten soll. Von Seiten der Arbeitgeber wird die Gleichzeitigkeit der Lohn- und Preisentfaltung angestrebt. Ueberbietet es sich bei den weiteren Verhandlungen darum handeln, ob die Lohnentzug auf die Arbeitslose bedrückt oder auch auf die Tariflöhne ausgeübt wird.

# Nachverhandlungen über Nordwest-Schiedspruch ergebnislos

Die Nachverhandlungen zum Zwecke der Verbindlichkeitsklärung des Nordwest-Schiedspruches sind nach fünfmaliger Beratung am Donnerstagabend ergebnislos abgebrochen worden. Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichsarbeitsminister, der darüber befinden wird, ob der Schiedspruch für verbindlich erklärt wird.

# Erwerbslose schießen auf Polizei

## Zusammenstoß bei dem Berliner „Hungermarsch“ / Vier Schußes verletzt

Gestern Abend kam es zwischen Erwerbslosen, die eine Demonstration veranstalteten, und der Polizei zu heftigen Zusammenstoß. Von beiden Seiten fielen Schüsse. Vier Polizeibeamte erlitten erhebliche Verletzungen durch Steinwürfe, ein Demonstrant wurde zugetroffen.

Die Kommunisten hatten für gestern Abend zu einem „Hungermarsch“ der Erwerbslosen aufgerufen, der um 7 Uhr mit einer Kundgebung im Aufgarten begann. Nachdem mehrere kommunistische Redner gesprochen hatten, bewegte sich ein Zug von ungefähr 300 Demonstranten von Aufgarten aus durch die Dönhofsstraße zum Alexanderplatz.

# Kurs auf Friedrichshafen

Nach einem um 10.30 Uhr Berliner Zeit ausgefallenen Kursfahrt ist „Staf Zeppeliner“ am 17.25 Uhr aus Ostfriesland gestartet. Er hat um etwa 10 Uhr die Straße am Osttrakt der hier fasten Ebbwind und Regen passiert. Guter klarer des Wetter an. Bei leichtem Ebbwind und klarem Kurs kommt das Luftschiff seinem Heimatort Friedrichshafen schnell näher.

Ein Verbandeser Zug wurde die Menge, die inzwischen auf 2000 Personen angewachsen war, in die Reihenfront abgeordnet, während man die Demonstration weiterzuführen ließ. Darauf begannen die Kommunisten, von den Reihen aus ein Bombardement mit Steinen und Eisenblechen von den Stützen auf die Polizeibeamten. Sichtlich über die den Reihen der Erwerbslosen mehrere Schüsse. Die Polizei antwortete mit Gewehrschüssen und ging wieder mit dem Gummistempel vor. fünf Personen wurden zugetroffen. Vier Polizeibeamte erlitten durch die Steinwürfe Verletzungen. Vier Personen aus den Reihen der Demonstranten verletzt worden sind, die sich nicht festhalten, die die Kommunisten ihre Verletzten gleich forttrugen.